

Die CSU könnte bundesweit antreten - aber ihr fehlt der Mut

Der Freistaat Bayern - das ist für Viele das deutsche Bundesland, in dem Milch und Honig fließen, also im übertragenen Sinne. Milch und Honig - das nennen sie hier Laptop und Lederhose, eine Symbiose, die über Jahrzehnte erfolgreich war und bis heute ist. Doch der Lack blättert auch in der CSU-Hochburg, in der Schwergewichte wie Franz-Josef Strauß und Edmund Stoiber den Christsozialen bei Landtagswahlen Ergebnisse jenseits 60 Prozent bescherten.

Doch jetzt ist Markus Söder, der ja eigentlich auch kein Bayer ist, sondern ein Franke. Er hat einen ausgeprägten Machtinstinkt, und er ist ungeduldig, sehr ungeduldig. Natürlich will er Bundeskanzler werden, immer noch. Und natürlich hält er sich im Vergleich mit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet für den besseren Mann. Kein Zweifel, dass er seine Ambitionen auch jetzt nicht aufgeben wird. Die nächsten Landtagswahlen stehen in Deutschland an, und wenn die so ausgehen, wie die Demoskopien voraussagen, droht der großen Schwesterpartei im Osten ein Desaster. Und dann wird sich Markus Söder in Erinnerung bringen, der in den Umfragen der beliebtesten Politiker weit vor dem Rivalen aus Aachen rangiert.

Doch Markus Söder ist eben auch sprunghaft, keiner, bei dem man weiß, für was er wirklich steht. "Keiner will die alte Union aus den 90er-Jahren zurück", hat er gerade gestern Journalisten diktiert, und mit dieser Einschätzung liegt er dramatisch falsch. Millionen Deutsche wünschen sich nach den Merkel-Jahren ihre alte CDU zurück. Nicht unbedingt die früheren Programme, aber Verlässlichkeit, überzeugende Persönlichkeiten, denen es nicht nur um Macht und Einkommen geht, sondern um dieses Land. Kein Relativismus, kein Modernismus, sondern Verlässlichkeit, Werte und, ja, ein starkes konservatives Element - personell wie programmatisch. Aber was bietet Ihnen Söder? Anbiederung an den Zeitgeist, grünes Nachplappern und Klimarettung statt solide Wirtschaftspolitik, Innere Sicherheit und eine Familienpolitik, die die traditionellen Familien mit Kindern in den Fokus stellt. Im Landtagswahlkampf legte der Franke eine ordentliche Kampagne hin und stoppte den freien Fall der CSU in der Wählergunst mit fulminanten Bierzelt-Auftritten. Aber schon am Tag nach dem Wahlerfolg pries er sein Bayern als Öko-Musterland der Zukunft.

Das kann man machen, aber es ist nicht das, was die Bayern in ihrer großen Mehrheit wollen. Es ist nicht Laptop und Lederhose, nicht BMW, FC Bayern und Oktoberfest. Sondern es ist der gleiche verhängnisvolle Kurs, mit dem Frau Merkel und ihre Klatschkohorten die einst große Volkspartei von Konrad Adenauer und Helmut Kohl bis zur Unkenntlichkeit heruntergewirtschaftet hat. Zwischen CDU und CSU gibt es - anders als früher - nur noch Nuancen, die sie unterscheidbar machen. Und das ist schlecht für Deutschland und für uns bürgerliche Wähler, die ihr Land auch in Zukunft noch erkennen wollen.

Bayern und die CSU, das war über Jahrzehnte ein Modell für die Konservativen in ganz Deutschland. Nach der kurzzeitigen Trennung der Fraktionsgemeinschaft 1976 wabert der Geist von Wildbad-Kreuth bis heute durchs politische Deutschland. Könnte man nicht sogar die AfD überflüssig machen, wenn die

CSU in ganz Deutschland auf dem Wahlzettel stünde? CDU und CSU getrennt marschieren und dann vereint siegen? Helmut Kohl stoppte solche Überlegungen 1976 mit der Drohung, die CDU werde in Bayern einmarschieren und den Nimbus der Schwester als die Partei der Bayern zerstören. Strauß knickte ein, Sie alle kennen die Geschichte. Nur den Nimbus gibt es nicht mehr.

Doch der Mythos von Kreuth ist auch heute noch lebendig. Der Redaktion von *TheGermanZ* liegen Kopien mehrerer Anfragen von CDU-Verbänden an die Landesleitung der CSU vor. Sie wollen unter dem Label CSU antreten, ganze Ratsfraktionen würden morgen früh überlaufen, wenn München grünes Licht gibt. Doch sie blocken ab, und das verstehe ich nicht, denn die Voraussetzungen sind anders als 1976, deutlich anders. Die CSU hat nicht mehr den Nimbus der Bayern-Partei, sie liegt nicht mehr bei 60 Prozent, sondern bei 35 bis 40 Prozent. Und sie hat keinen Strauß an der Spitze, sondern einen Söder. Die Partei heißt (noch) anderes, aber unter Söders Führung gleicht sich die CSU immer mehr den CDU-Landesverbänden an, programmatisch weichgespült, angepasst.

Warum also nicht ernsthaft darüber nachdenken, die Christsozialen als Angebot für die herumvagabundierenden Wähler nördlich des Weißwurstäquators in Szene zu setzen? Der CDU-Europa-Hinterbänkler Dennis Radtke hat vor ein paar Tagen der CSU damit gedroht, einen CDU-Landesverband in Bayern zu gründen, wenn der Söder seine Kanzlerambitionen nicht unverzüglich ad acta lege. Söder und die CSU werden vor Angst gezittert haben. Heutzutage reicht das aber allemal aus, um den Riesenstaatsmann aus Bochum-Wattenscheid, der früher SPD-Mitglied war, in Fernsehtalkshows einzuladen. In Oli Welkes "Heute Show", ok! Aber Dennis Radtke als der Heerführer, der das Bayernland erobert – das kann nur Satire sein.

Frustrierte CDU-Mitglieder gibt es an der Parteibasis nach der Nominierung Armin Laschets in einer Nachtsitzung durch knapp 40 Funktionäre unter Ausschluss der anderen 400.000 Mitglieder ohne Ende. Ein Startsignal aus München, und etwas völlig Neues würde Deutschland faszinieren. Vorgestern teilte die Partei mit, dass es nach Laschets Nominierung Hunderte Online-Anträge auf Mitgliedschaft gegeben habe. Aber die CSU wird eine Ausdehnung auf ganz Deutschland nicht zulassen, weil sie immer noch denkt, sie sei die alles beherrschende Partei der Bayern, und das dürfe man nicht gefährden. Ohne zu merken, dass diese Zeiten längst vorbei sind.

Und sie haben einen Markus Söder, der die Grünen toll findet. Franz-Josef Strauß sagte mal über die Ökosozialisten: "Ihnen geht es um den Umsturz dieses Staates, um eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung." Das gilt auch heute noch. Aber leider ist es heute eben nicht mehr die CSU von damals.

Dieser Beitrag erschien erstmals am 24.04.2021 bei der Online-Tageszeitung TheGermanZ.

Bitte unterstützen Sie unsere journalistische Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 ! Vielen Dank!

Nur mal zur Erinnerung: Bei Politik geht es um Überzeugungen, nicht um Dienstwagen

Hätten Franz-Josef Strauß oder Herbert Wehner in unseren heutigen real existierenden Volksparteien jemals politische Karriere machen können? Wären sie – und andere aus der Zeit – jemals nach ganz oben gekommen? Könnten solche kantigen Typen Deutschlands Geschicke heute noch maßgeblich beeinflussen?

Gestern Abend war ich mit einem bekannten Abgeordneten in meinem Lieblingslokal in Düsseldorf zum Essen verabredet. Er hatte Fisch, ich Lammrücken bestellt, und wir teilten uns einen herrlichen italienischen Rotwein. Es ging um dies und das und irgendwann um den bevorstehenden CDU-Bundesparteitag am Montag. Keine Sekunde sprachen wir darüber, dass der Koalitionsvertrag von den Delegierten abgelehnt werden könnte. Die CDU wird der SPD, die derzeit in Umfragen bei 16 Prozent liegt, einen Punkt vor der rechtskonservativen AfD, wesentliche Schlüsselressorts im neuen Kabinett überlassen. CDU und SPD werden wieder ein GroKo-Bündnis schließen, das bei der jüngsten Bundestagswahl 13,6 Prozent an Stimmen der Wähler verloren hat. Die CDU gibt wesentliche Kernpositionen in der Europapolitik auf, sie wird ihre verhängnisvolle – man mag es eigentlich gar nicht so nennen – Familienpolitik weiterführen. Anders als im Wahlkampf versprochen, tut sie nichts für den Mittelstand. Steuerentlastungen für die Unternehmer, die den Karren am Laufen halten? Fehlanzeige! Die Bundeswehr ist in einem bemitleidenswerten Zustand – unter CDU-Führung.

Und haben wir beim Essen auch darüber gesprochen, ob es irgendeine Reaktion der CDU-Delegierten auf all das geben wird? Nein. Werden Sie ihre Vorsitzende wieder mit stehenden Ovationen feiern? Toppen sie die 11:40 Minuten vom vergangenen Mal, wohl wissend, wie lächerlich sie sich damit in der Öffentlichkeit machen? Sie werden es tun, denn es ist ihnen egal.

Unser Parteiensystem hat sich überholt, auch wenn es noch immer gute Politiker und kluge Abgeordnete in allen Parteien gibt. Aber was sich verändert hat: Bei vielen von Ihnen ist nicht mehr erkennbar, welchen politischen Überzeugungen sie folgen. Was treibt sie an? Warum sind sie irgendwann in die Politik gegangen? Wie leidenschaftlich wurde früher im Deutschen Bundestag gestritten? Nicht manchmal, sondern immer... Und heute?

Unser System krankt daran, dass es nicht mehr die grundsätzlichen Debatten gibt, wirklichen Streit um wichtige Themen. Selbst die Öffnung der deutschen Grenzen für einen wochenlang vollkommen unregulierten Massenzug aus dem islamischen Kulturkreis löste im Parlament keinen Streit aus. Bei so einem Thema kein Ringen um den richtigen Weg. Deutsche Grenzen sind nicht zu sichern – und es löst keinen massiven Widerspruch im Hohen Haus aus. Schon wegen dieses Einheitsbreis ist es richtig, dass die AfD dort nun für Widerspruch sorgt. Nicht jedesmal eine Bereicherung, aber manchmal schon, wie man schon bei den ersten Debatten sehen konnte. Und endlich, endlich ist wieder Streit. Denn davon lebt

die Demokratie.

Beim doppelten Espresso, bevor wir das Lokal verließen, waren sich mein Gesprächspartner und ich gestern einig. Strauß und Wehner hätten heute keine Chance, politische Karriere zu machen. Weil sie nicht bereit gewesen wären, immer und überall für das eigene Fortkommen und die Altersversorgung faule Kompromisse zu machen. Weil sie nicht Politiker geworden sind, um einen Dienstwagen zu bekommen, sondern weil sie feste politische Überzeugungen hatten.

Das Kreuther Phantom spukt mal wieder

Dass in Internetforen und Leserbriefen der Rücktritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel gefordert wird, ist Alltag. Die Intensität, mit der es augenblicklich geschieht, ist neu. Das Agieren dieser sonst so machtbewussten Frau an der Spitze unserer Regierung in Bezug auf den Zustrom von Flüchtlingen stößt inzwischen auf harsche Kritik in großen Teilen der Bevölkerung. Da ist mächtig Dampf auf dem Kessel. Manch einer setzt darauf, die Kanzlerin werde sich bald von selbst verabschieden, um das Amt einer UN-Generalsekretärin zu übernehmen. Wie intensiv das diskutiert wird, ohne dass Merkel jemals öffentlich die Absicht geäußert hätte, diesen Job im Hochhaus am Hudson River anzustreben, ist erstaunlich.

Noch erstaunlicher jedoch ist, wie laut auf einmal zumindest in unionsnahen und konservativen Kreisen, eine Ausdehnung der CSU aufs ganze Bundesgebiet geradezu beschworen wird. Horst, komm und rette uns, ist - mit anderen Worten - in vielen Foren und Netzwerken zu lesen. Allein, da wird der Wunsch Vater des Gedankens sein und bleiben. Der große CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß hatte es einst versucht, als auf seine Initiative hin am 19. November 1976 die CSU-Landesgruppe des Bundestages bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth beschloß, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzukündigen. Groß war die Aufregung seinerzeit, als diese politische Sensation bekannt wurde. Doch in Bonn saß einer, der kühl blieb, frostig sogar. Oppositionsführer Helmut Kohl, der Mann aus der Pfalz, Vorsitzender der Schwesterpartei, stellte klar: eine Ausdehnung der CSU auf die Bundesrepublik werde den sofortigen „Einmarsch“ der CDU nach Bayern bedeuten. Aus zwei CSU-Bezirksverbänden signalisierte man Kohl Unterstützung für diesen Fall. Und in der CSU begann das Rechnen. Eine CDU in Bayern, selbst wenn sie nur 10 Prozent der Stimmen erränge, würde absolute Mehrheiten und viele Direktmandate gefährden - Abgeordnete, Bürgermeister und Landräte kosten. Am 12. Dezember, nach nur gut drei Wochen, brach die Revolution zusammen. Die CSU besann sich auf ihre Kernkompetenz als DIE Partei der Bayern, die aus dem Freistaat ein Erfolgsmodell sondergleichen geformt hat. Kaum anzunehmen, dass man in München Lust verspürt, sich jetzt erneut auf ein großes Abenteuer dieser Art einzulassen.